



Ordentlicher Parteitag SPD Düsseldorf

Sitzungsunterlagen, Anträge

**Parteitag der SPD Düsseldorf
Samstag, 6.2.2010**

Wann wir schreiten, Seit an Seit

1. Wann wir schreiten Seit' an Seit' und die al-ten Lie-der
sin-gen, und die Wäl-der wi-der-klin-gen, füh-len
wir, es muß ge - lin - gen: Mit uns zieht die neu-e
Zeit, mit uns zieht die neu - e Zeit!

Text: Hermann Claudius (1915); Melodie: Micheal Englert (1916)

Wann wir schreiten Seit' an Seit'

und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen
fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit,
Mit uns zieht die neue Zeit.

Eine Woche Hammerschlag

eine Woche Häuserquadern
zittern noch in unsern Adern
aber keiner wagt zu hadern
Herrlich lacht der Sonnentag
herrlich lacht der Sonnentag.

Birkengrün und Saatengrün

Wie mit bittender Gebärde
hält die alte Mutter Erde
daß der Mensch ihr eigen werde
ihm die vollen Hände hin
ihm die vollen Hände hin.

Mann und Weib und Weib und Mann

sind nicht Wasser mehr und Feuer
Um die Leiber legt ein neuer
Frieden sich, wir blicken freier
Mann und Weib, uns fürder an
Mann und Weib, uns fürder an

Wann wir schreiten Seit' an Seit'

und die alten Lieder singen
und die Wälder widerklingen
fühlen wir, es muß gelingen:
Mit uns zieht die neue Zeit,
Mit uns zieht die neue Zeit.

Wir gedenken
der Mitglieder die im Jahr 2009 von uns gegangen sind.

Bahr, Christel
Beuscher, Adolf
Birkenfeld, August
Blum, Ursula
Boesken, Clemens
Breitbarth, Dieter
Cohn, Wolfgang
Daumann, Klaus
Funda, Fredo
Gau, Heinz-Josef
Geerken, Horst
Goetzenich, Josef
Heldt, Manfred
Henck, Norbert
Hetze, Rudolf
Hötzel, Peter
Jöhnk, Waltraut
Kalenborn, Margret
Killat von Coreth, Edith
Kokkos, Edith
Köther, Hildegard
Lask, Friedrich
Loesch, Heinrich

Losch, Klaus
Mohr, Elfriede
Nauen, Heinz
Pickard, Kurt
Piepenbrink, Maria
Plüfke, Ernst
Pohlmann, Winfried
Rabe, Dieter
Rahn, Dieter
Roehlen, Helmut
Schaefer, Heinz
Schaffernicht, Hans J
Scheffler-Rother, Ulrike
Schöneberger, Maria
Schulz, Kurt
Sell, Siegfried
Sior, Hildegard
Steinbart, Udo Erwin
Trabalski, Karl
Urban, Hilde
von Hagen, Helmut
Wigge, Helmut
Zimetzki, Bärbel

Einige von Ihnen waren jahrzehntelang wichtige und erfolgreiche Mitstreiter/innen für die Ziele der SPD. Sie haben in Funktionen und Mandaten für unsere Partei gearbeitet und in zahlreichen Verbänden Vorbildliches für unseren Kreis und unser Gemeinwesen geleistet.

Wir werden Ihnen allen ein ehrendes Andenken bewahren.

Gremienbesetzung (Vorschlag)

Leitung Parteitag/Delegiertenkonferenz

Leitung	Anette Steller
stellv .Leitung	Peter Hansen
stellv . Leitung	Robert Kekez
Schriftführung	Claudia Bednarski
Schriftführung	Hans-Peter Fusshoven

Antragskommission

OV Hassels-Reisholz	Jürgen Schmidt
OV Heerdt-Lörick	Georg Peters
OV Hennekamp	Oliver Müller (Sprecher)
OV Holthausen-Itter-Himmelgeist	Vladimir Zizka
OV Hubbelrath	N.N.
OV Lierenfeld	Burghard Albes
OV Mörsenbroich	Carsten Suhr

Antragskommission

UB-Vorstand	Andreas Rimkus
UB-Vorstand	Peter Rasp
AsF	Bergit Fleckner
AsJ	Christian Weiß
AfA	H.W. Schuster
Jusos	Torge Martens

Mandats- und Zählkommissionen

OV Freilichtbühne	Heins Worbs
OV-Friederichstadt	Uwe Zappel
OV-Garath Hellerhof	Jürgen Bohrmann
OV-Garath-Ost	Günter Meier
OV-Gerresheim-Torfbuch	Regina Knuppertz
OV-Gerresheim-Grafenberg-Ludenberg	Klaus Opfermann

Delegierte bzw. Vertreter/innen zum Parteitag bzw. zur Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung am 6.2.2010 setzt sich aus den von den Ortsvereinen gewählten stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter zusammen. Die Anzahl der auf die Ortsvereine entfallenden Vertreter/innen ergibt sich aus dem Delegiertenschlüssel zum Unterbezirksparteitag.

Ortsverein	Monatsbeiträge gesamt	Anzahl Mitglieder	UBP- Quotient	Delegierte UBP
Düsseldorf-Mitte	1780	148	0,059	9
Angermund	438	37	0,059	2
Benrath	1642	137	0,059	8
Bilk	1198	100	0,059	6
Derendorf-Golzheim	2839	237	0,059	14
Düsseltal-Flingern	2058	172	0,059	10
Düsseldorf-Nord	1109	93	0,059	6
Eller	1515	126	0,059	7
Flingern	824	69	0,059	4
Freiheit	834	70	0,059	4
Freilichtbühne	654	55	0,059	3
Friedrichstadt	1012	84	0,059	5
Garath-Hellerhof	804	67	0,059	4
Garath-Ost	695	58	0,059	3
Grafenberg-Ludenberg	1506	126	0,059	7
Gerresheim-Torfbruch	1071	89	0,059	5
Hassels-Reisholz	720	60	0,059	4
Heerdt-Lörick	1162	97	0,059	6
Henekamp	363	30	0,059	2
Holthausen	668	56	0,059	3
Hubbelrath	198	17	0,059	1
Lierenfeld	762	64	0,059	4
Mörsebroich	578	48	0,059	3
Oberbilk	1053	88	0,059	5
Oberkassel-Niederkassel	1260	105	0,059	6
Rath	1704	142	0,059	8
Tannenhof	765	64	0,059	4
Unterbach	612	51	0,059	3
Unterbilk-Hamm	997	83	0,059	5
Unterrath-Lichtenbroich	774	65	0,059	4
Unterrath-West	917	76	0,059	5
Wersten	1396	116	0,059	7
Wittlaer	582	49	0,059	3
GESAMTERGEBNIS	34490	2874		170

Anschrift
SPD Düsseldorf
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf

Tel: 0211 – 13622 -126
Fax: 0211 – 13622 - 121
E-Mail: ub.duesseldorf.nrw@spd.de
Internet: www.spd-duesseldorf.de

Bankverbindung
SEB AG Düsseldorf
Kto.-Nr. 102 824 1800
BLZ 300 101 11





Tagesordnung (Vorschlag)

A. Eröffnung und Begrüßung

B. Parteitag der SPD Düsseldorf

1. Wahl der Leitung des Parteitages
2. Wahl der Mandatsprüfungskommission des Parteitages
3. Wahl von einer Zählkommissionen des Parteitages
4. Wahl der Antragskommission
5. Annahme der Tagesordnung des Parteitages
6. Einführung in das Wahlprogramm der NRWSPD (Anträge)
7. Aktuelles und Anfragen
8. Nachwahl einer/s Beisitzers/in im UB-Vorstand
9. Vorstellung der Projektgruppenergebnisse „Zukunftskommission“
10. Beratung und ggf. Beschlussfassung
11. Beratung und Beschlussfassung über weitere Anträge
12. Verschiedenes
13. Ende des Parteitages

C. Vertreterversammlung der SPD Düsseldorf

1. Wahl der Leitung der Vertreterversammlung
2. Wahl der Mandatsprüfungskommission der Vertreterversammlung
3. Wahl von einer Zählkommissionen der Vertreterversammlung
4. Annahme der Tagesordnung der Vertreterversammlung
5. Wahl der Düsseldorfer Delegation zur Landesdelegiertenkonferenz am 26./27.2 in Dortmund
6. Ende der Vertreterversammlung

Ende der Veranstaltung 15 Uhr

Anschrift
SPD Düsseldorf
Kavalleriestr. 16
40213 Düsseldorf

Tel: 0211 – 13622 -126
Fax: 0211 – 13622 - 121
E-Mail: ub.duesseldorf.nrw@spd.de
Internet: www.spd-duesseldorf.de

Bankverbindung
SEB AG Düsseldorf
Kto.-Nr. 102 824 1800
BLZ 300 101 11



1 **Antrag 1**

2 **Änderungsantrag zum Wahlprogramm der NRWSPD 2010-2015**

3

4 Antragsteller: SPD Ortsvereine Düsseldorf Bilk und Unterbilk-Hamm-Hafen

5 Adressat: NRWSPD

6 Votum der Antragskommission: Annahme in Form der Antragskommission

7

8

9 **Streiche S. 23, Zeile 13 von „In den Klassen 5 und 6 findet...“ 14 – 18, von „Eltern, Schule**
10 **und Schulträger entscheiden“ bis „vorgenommen wird“ ersatzlos.**

11

12 **Begründung:**

13

14 Die NRWSPD sollte endlich den Mut aufbringen, sich ohne Wenn und Aber zu unserem Ideal
15 der Gemeinschaftsschule zu bekennen, so wie es ja auf S. 22 ff. auch richtig ausgeführt wird.
16 Wenn wir dieses Schulmodell als richtig erkannt haben, sollten wir seine Umsetzung in unserem
17 eigenen Wahlprogramm nicht sofort wieder einschränken. Wenn wir Eltern, Schule und Schul-
18 trägern die Entscheidung über eine Differenzierung ab der siebten Klasse überlassen, führt das
19 zu einem weiteren Zeitverlust auf unserem Weg zur Gemeinschaftsschule und zu noch größerer
20 Unübersichtlichkeit in unserem Bildungssystem. Die in Zeile 19 verwendeten „alten“ Begrifflich-
21 keiten „Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen“ halten wir in diesem Zusammenhang für
22 kontraproduktiv.

1 **Antrag 2**

2 **Ergänzungsantrag zum Wahlprogramm der NRWSPD 2010-2015**

3
4 Antragsteller: SPD Ortsvereine Düsseldorf Bilk und Unterbilk-Hamm-Hafen

5 Adressat: NRWSPD

6 Votum der Antragskommission: Ablehnung

7
8
9 **Auf Seite 30 möge in Zeile 31 unter der Gliederungsnummer „7.“ der nachfolgend formulierte neue Absatz eingefügt werden; die Gliederungsnummern der folgenden Absätze verschieben sich entsprechend:**

10
11
12
13 **„Wir wollen den Weg zur Hochschulprofessur modernisieren und neuen Standards unterwerfen. Hochqualifizierte Akademikerinnen und Akademiker sollen nach Abschluss der Promotion in eine Laufbahn eingestellt werden, die mit Sicherheit zur unbefristeten Professur führt, sofern während einer Erprobungszeit von maximal fünf Jahren bestimmte, klar definierte Leistungen in Forschung und Lehre erbracht werden.“**

14
15
16
17
18
19 Begründung:

20
21 Der Weg zur Hochschulprofessur ist gegenwärtig für den akademischen Nachwuchs von massiven Härten und Unsicherheiten geprägt. Während der Erstellung der Habilitation ist der Aspirant oder die Aspirantin einem engen Loyalitätsverhältnis zu lediglich einem Professor, dem sogenannten „akademischen Lehrer“ unterworfen. Dieser Umstand führt zu erheblicher Unsicherheit: Einem Habilitanden kann fast nichts Schlimmeres passieren, als dass sein akademischer Lehrer während der Habilitationszeit stirbt oder aus sonstigen Gründen dienstunfähig wird.

22
23
24
25
26
27
28 Gleichzeitig besteht in der Habilitationsphase keinerlei Sicherheit dafür, dass die Habilitandin oder der Habilitand nach Abschluss der Arbeit tatsächlich einen Ruf auf eine Professur erhält. Dies führt zu der Notwendigkeit, schon in der Habilitationszeit einen erheblichen Anteil an Zeit und Kraft in den Aufbau und die Pflege von Netzwerken zu investieren. Dies wiederum hat zur Folge, dass der wissenschaftliche Nachwuchs auf die Befindlichkeiten der amtierenden Professorenschaft in hohem Maß Rücksicht nehmen muss. Das verhindert Innovation und kritisches Denken.

29
30
31
32
33
34
35
36 Die berufliche Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses ist in vielen Fällen angespannt oder prekär. Befristete Verträge haben an den Hochschulen umfassend Einzug gehalten; die Familiengründung wird verzögert. Dies führt zu einer erheblichen Benachteiligung des weiblichen Forschungsnachwuchses und ist ein Grund für den schwachen Frauenanteil im Spitzenbereich der Hochschulen. Erhält ein Bewerber nach Abschluss seiner Habilitation keinen Ruf, ist eine berufliche Umorientierung in einem Lebensalter von oftmals 40 Jahren schwierig und die Altersversorgung gefährdet.

37
38
39
40
41
42
43
44 Die im Antrag vorgeschlagene Einführung des Laufbahnprinzips orientiert sich am „tenure track“-Konzept der US-amerikanischen Hochschulen. Eine derartige Laufbahn würde dem wissenschaftlichen Nachwuchs in erheblich jüngerem Lebensalter die nötige wirtschaftliche Sicherheit bieten. Sie würde klare berufliche Perspektiven eröffnen, da in die Laufbahn nur in dem Umfang eingestellt würde, in dem freie Professuren tatsächlich zur Verfügung stehen. Das Loyalitätsverhältnis zum „akademischen Lehrer“ und zur sonstigen Professorenschaft würde verschwinden oder verlöre doch erheblich an Bedeutung. Der wissenschaftliche Nachwuchs würde an Unabhängigkeit gewinnen.

45
46
47
48
49
50
51
52
53 Die vorgeschlagene Modernisierung ist auch forschungspolitisch geboten. Beispielsweise scheidet die Rückkehr exzellenter Forscherinnen und Forscher aus dem Ausland regelmäßig daran, dass eine dem „tenure track“ vergleichbare Laufbahn in Deutschland nicht existiert. Die einzelnen Nachwuchsinitiativen, die durch die schwarz-gelbe Landesregierung für ausgewählte Tech-

1 nologiebereiche gestartet wurden, sind unzureichend und werden der breiten Forschungs- und
2 Wissenschaftslandschaft in Nordrhein-Westfalen nicht gerecht.
3
4 Die vorgeschlagene Reformidee ist nicht neu. Bereits die sozialdemokratische Bundesbildungs-
5 ministerin Bulmahn wollte das gegenwärtige Habilitationssystem durch die Einführung der Juni-
6 or-Professur reformieren. Dies ist am massiven Widerstand der unionsregierten Bundesländer
7 und des Bundesverfassungsgerichts gescheitert. Seitdem ist klar: Die überfällige Reform des
8 Wegs zur Professur kann nur auf Landesebene erfolgen. Die NRWSPD sollte dafür stehen,
9 dass Nordrhein-Westfalen auf diesem Feld vorangeht und modellbildend für die übrigen Bun-
10 desländer wirkt.
11

1 **Antrag 3**

2 **Ergänzungsantrag zum Wahlprogramm der NRWSPD 2010-2015**

3

4 Antragsteller: SPD Ortsvereine Düsseldorf Bilk und Unterbilk-Hamm-Hafen

5 Adressat: NRWSPD

6 Votum der Antragskommission: Nichtbefassung, da Antrag nicht mit der aktuellen Fassung des
7 Landeswahlprogramms übereinstimmt.

8

9

10

11 S.19 Z. 8-9: „Bildungschancen hängen nach wie vor zu stark von **der sozialen Stellung** und
12 vom Geldbeutel der Eltern ab.“

13

14 Änderung: „ von der sozialen Stellung" statt „von Herkunft"

15

16

17

18 **Antrag 4**

19 **Änderungsantrag zum Wahlprogramms der NRWSPD 2010-2015**

20

21 Antragsteller: SPD Ortsvereine Düsseldorf Bilk und Unterbilk-Hamm-Hafen

22 Adressat: NRWSPD

23 Votum der Antragskommission: Nichtbefassung, da Antrag nicht mit der aktuellen Fassung des
24 Landeswahlprogramms übereinstimmt.

25

26

27 **I. Die verpflichtende Kindertagesstätte**

28

29 **Auf S.21, nach Abs.2 – Zeile 11 soll eingefügt werden:**

30

31 **„Wir treten dafür ein, dass der Besuch einer Kindertagesstätte für alle Kinder im Alter von**
32 **3 Jahren (bis zum Eintritt in die Grundschule) Pflicht wird.“**

33

34 Begründung:

35

36 Bildungsferne sowie stark Familien zentrierte Elternhäuser grenzen ihre Kinder von vielen
37 Bildungsmöglichkeiten und Integrationschancen aus. Die individuelle Förderung der Kinder
38 erfolgt nicht bzw. die Bildungs- und Integrationschancen der betroffenen Kinder werden
39 reduziert.

40

41 Gleichzeitig kann in diesen Fällen die in diesem Antrag angestrebte Bildungs- und Erziehungs-
42 partnerschaft zwischen Eltern und Kindertagesstätte im Vorfeld von Schule ohne eine Kinderta-
43 gesstättenpflicht nicht aufgebaut werden.

1 **Antrag 5**

2 **Änderungsantrag zum Wahlprogramm der NRWSPD 2010-2015**

3
4 Antragsteller: SPD Ortsvereine Düsseldorf Bilk und Unterbilk-Hamm-Hafen

5 Adressat: NRWSPD

6 Votum der Antragskommission: Nichtbefassung, da Antrag nicht mit der aktuellen Fassung des
7 Landeswahlprogramms übereinstimmt.

8
9
10 **III. Die Rolle der Kommunen**

11
12 **Zu „Schulen werden Häuser des Lernens und Lebens“**

13 **S. 23, beantragen wir folgende Änderung (Zeilen 17 – 20):**

14
15 **„Zum neuen Steuerungsverständnis gehört auch, bei den Vorgaben des Landes die demo-**
16 **graphische Entwicklung vor allem in ländlichen Gemeinden und Kreisen zu berücksichti-**
17 **gen. Dabei wollen wir die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schulen verschiedener**
18 **Prägung ebenso erleichtern wie die regionale und überregionale Zusammenar- beit von**
19 **Kommunen mit zurückgehenden Schülerzahlen fördern. Die Zuständigkeit des Landes –**
20 **vermittelt über die Schulaufsicht bei der Bezirksregierung – bleibt davon unberührt.“**

21
22 Begründung:

23
24 Die im ursprünglichen Antrag vorgesehene Formulierung bezüglich der „neuen Rolle der Kom-
25 munen“ erweckt den Eindruck, als könnten Kommunen künftig in die Gestaltung der bildungspo-
26 litischen Landschaft nach eigenem Gutdünken – entsprechend ihren politischen Mehrheiten in
27 den Räten – eingreifen. In Verbindung mit Satz 4, Abs. 2 auf S. 22, der die kommunalen Schul-
28 träger zu gleichwertigen Entscheidern (über den itegrativen oder differen-zierenden Unter-
29 richt) neben Eltern und Schule erheben will, würde die SPD die Eltern den Wertvorstellungen
30 der kommunalen Mehrheit ausliefern. Deshalb soll durch unsere Formulierung die Zuständigkeit
31 des Landes geklärt werden, das sich nicht allein auf die Vorgabe und Überprüfung von Bil-
32 dungsstandards zurück ziehen darf.

33
34 Auch die Erfahrung z.B. in Düsseldorf spricht für eine Klärung und den Erhalt der Zuständigkei-
35 ten des Landes und der Kommunen: Im Dezember 2009 hatte die schwarz-gelbe Mehrheit im
36 Schulausschuss gegen die Opposition beschlossen, zwei der vier Düsseldorfer Gesamtschulen
37 von sechs auf nur noch vier Eingangsklassen zu verkleinern – wohl mit dem Hintergedanken, die
38 rückläufigen Anmeldezahlen aufzufangen. Einige Tage vor der dann entscheidenden Ratssit-
39 zung stellte ein Telefonat zwischen Stadt und Staatssekretariat des Schulministeriums klar, dass
40 die Düsseldorfer Bezirksregierung in keinem Fall einer Verkleinerung der Zügigkeit zustimmen
41 würde. Dies gelte unabhängig von den Begründungen, die die Stadt einbringen würde, denn in
42 Düsseldorf mussten im vergangenen Jahr 241 Viertklässler von den Gesamtschulen aus Platz-
43 mangel abgelehnt werden.

1 **Antrag 6**

2 **Änderungsantrag zum Wahlprogramm der NRWSPD 2010-2015**

3

4 Antragsteller: SPD Ortsvereine Düsseldorf Bilk und Unterbilk-Hamm-Hafen

5 Adressat: NRWSPD

6 Votum der Antragskommission: Nichtbefassung, da Antrag nicht mit der aktuellen Fassung des
7 Landeswahlprogramms übereinstimmt.

8

9

10

11 **Seite 67 Zeil 2 zweiter Satz bis Zeile 4**

12

13 **Antrag diese Passage ist ersatzlos zu streichen!**

14

15 **Bei der Bezahlung soll das Leistungsprinzip neben das Alimentationsprinzip treten. Der
16 Leistungs- und Erfahrungsaufstieg soll das Senioritätsprinzip ablösen.**

17

18

19 Begründung:

20

21 In einer großen Stichprobe durch Verdi von 365 Verwaltungen und Betrieben des öffentlichen
22 Diensts zeichnet ein ernüchterndes Bild zum Umsetzungsstand. Der hohe Anteil pauschaler Aus-
23 schüttung zeigt, dass in vielen Dienststellen offensichtlich noch gar nicht mit der Einführung be-
24 gonnen wurde. In der aktuellen Tarifforderung soll die Leistungsprämie eingefroren werden.
25 Da es im öffentlichen Dienst kaum praktikable Möglichkeiten zu Bemessungen von Leistung gibt,
26 ist der Weg vom Leistungsprinzip nicht Ziel führend. Weiter ist die Leistungsprämie nicht On
27 Top sondern ein Anteil der Tarifierhöhung nach jetzigen TVÖD. Es kann auch nicht von der SPD
28 eine Forderung sein das Arbeitnehmer permanent 100% ihrer Leistungsfähigkeit bringen oder
29 darüber hinaus. Wir können keine Forderung unterstützen in der Leistungseingeschränkte auf
30 Bestandteile ihres Lohnes verzichten müssen oder gar von einer Beförderung ausgeschlossen
31 sind.

1 **Antrag 7**

2 **Änderungsantrag zum Wahlprogramm der NRWSPD 2010-2015**

3
4 Antragsteller: OV's im LTWK 43 und AfA

5 Adressat: NRWSPD

6 Votum der Antragskommission: Annahme

7
8
9 Der Parteitag des Unterbezirks Düsseldorf beantragt folgende Änderungen in dem Leitantrag
10 der NRW SPD zum Landesparteitag 2010

11
12 **Seite 73 „Digitale Teilhabe und Sicherheit“**

13 Ab Spiegelstrich 14 ändern:

14
15 Wir sehen es als gesellschaftlich zwingende und notwendige Aufgabe an, in allen Schulformen
16 allen SchülerInnen die entsprechende Medienkompetenz zu vermitteln und dies fächerübergrei-
17 fend. Dieser Bildungsauftrag gilt nicht nur für junge Menschen sondern in gleichem Maße für
18 die ältere Generation, die auch vor den Herausforderungen der Neuen Medien steht.
19 Den gesetzlichen Auftrag der Landesanstalt für Medien und des WDR zur Umsetzung dieser
20 Aufgabe werden wir weiter stärken. Beide sind wichtige Partner für NRW.

21
22 **Ab Spiegelstrich 28 ändern:**

23 Unsere Vision eines sozial und digital vernetzten Zusammenlebens ist nicht vereinbar mit einer
24 Präventiv- und Überwachungsgesellschaft, wie sie in den letzten Jahren umgesetzt worden ist.
25 Diese Fehlentwicklung muss gestoppt werden. Das Recht auf Privatsphäre muss in der virtuellen
26 Welt wie im realen Leben geschützt sein. Wir brauchen keine Internetsperren, sondern eine
27 effektivere Strafverfolgung, u.a. durch mehr kompetentes Personal bei den Strafverfolgungs-
28 behörden.

29
30 Bei kriminellen Inhalten hilft nicht das Sperren der Internetseite, sondern nur das Löschen der
31 Inhalte auf der Grundlage eines rechtsstaatlichen Verfahrens. Dazu setzen wir uns für interna-
32 tional gültige Vereinbarungen ein, denn die Probleme im Netz lassen sich nicht rein national-
33 staatlich lösen.

34
35 **Seite 74 „Digitale Teilhabe und Sicherheit“**

36 Ab Spiegelstrich 13 einfügen:

37 Wir setzen uns dafür ein, dass es eine Änderung bezüglich der Datensammlung „ELENA“ gibt,
38 bei der der Katalog von Datenmerkmalen enger gefasst wird und die Erfassung von Arbeit-
39 nehmerdaten, wie z.B. Teilnahme an Streiks, nicht erfolgt.

40
41 **Ab Spiegelstrich 21 ändern:**

42 Die Entwicklung von freier Software und Open-Source-Produkten stellt einen wertvollen gesell-
43 schaftlichen Innovationsprozess dar. Wir setzen uns für den Einsatz dieser Produkte in der Ver-
44 waltung ein und werden die Verbreitung von freier Software und freiem Wissen unterstützen
45 und fördern.

46 Forschungsergebnisse, die an staatlichen Einrichtungen generiert werden, müssen den Bürgerin-
47 nen und Bürgern unter öffentlichen Lizenzen zur Verfügung gestellt werden.

48
49 Begründung erfolgt mündlich auf dem Parteitag.

1 **Antrag 8**

2 **Europäisierung der SPD**

3

4 Antragsteller: SPD Holthausen-Itter-Himmelgeist

5 Adressat: NRWSPD

6 Votum der Antragskommission: Annahme

7

8

9

10

11 **Der Unterbezirk Düsseldorf möge beschließen**

12 **der Landesparteitag möge beschließen,**

13

14 **Die Unterbezirke erweitern ihren Vorstand um eine/n Europabeauftragte/n.**

15 **Der NRW-Landesverband richtet eine Projektgruppe Europa beim Landesvorstand ein und**

16 **sorgt für die notwendige landesweite Vernetzung dieser Europabeauftragten.**

17

18 **Begründung:**

19

20 Zur Stärkung der Europapolitik innerhalb unserer Parteibasis ist es notwendig, die Diskussion

21 über die künftige Ausrichtung unserer Politik auf europäischer Ebene bereits in den Ortsverei-

22 nen und Unterbezirken zu führen. Um dies zu gewährleisten, sollen alle Unterbezirke eine/n

23 Europabeauftragte/n in ihren Unterbezirksvorständen wählen.

24

25 Der NRW-Landesverband sorgt für die notwendige Vernetzung der Europabeauftragten auf

26 Landesebene, indem eine Projektgruppe Europa beim Landesvorstand eingerichtet wird, die

27 die für NRW wichtigen europapolitischen Themen an die Europabeauftragten der Unterbezir-

28 ke leitet und so eine breite Diskussion möglich macht.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

1 **Antrag 9**

2 **Steuerbelastung**

3
4 Antragsteller: SPD Holthausen-Itter-Himmelgeist

5 Adressat: NRWSPD + Bundesparteitag

6 Votum der Antragskommission: Annahme

7
8
9 **Der Unterbezirksparteitag Düsseldorf möge beschließen, der Landesparteitag möge be-**
10 **schließen, der Bundesparteitag möge beschließen,**

11
12 **die SPD wird sich, bevor es zu weiteren Änderungen im Steuergefüge kommt, mit den Be-**
13 **lastungswirkungen der indirekten Steuern (insbesondere Mehrwertsteuer), im Verhältnis zu**
14 **den direkten Steuern (insbesondere Einkommensteuer), systematisch befassen. Zielsetzung**
15 **ist, in welchem Maße sich eine Erhöhung indirekter Steuern (im Wesentlichen die Mehr-**
16 **wertsteuer) auf die Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen auswirkt.**

17
18 Begründung:

19
20 Ein Eckpfeiler unserer Besteuerung ist das Prinzip der Leistungsfähigkeit. D. h., breite Schultern
21 können und sollen mehr tragen als schmale. Dies drückt sich in unserem progressiven Einkom-
22 mensteuertarif (Steuersatz auf das zu versteuernde Einkommen) aus. Nach einem Grundfreibe-
23 trag (Existenzminimum) wächst der Steuersatz mit wachsendem Einkommen.

24
25 Direkte Steuern können also zielgenau an die Leistungsfähigkeit der Einkommensbezieher und
26 deren persönliche Verhältnisse angepasst werden. Im Gegensatz dazu, wirken sich indirekte
27 Steuern mit einem festen Steuersatz aus. Es kommt zu keiner Berücksichtigung der persönlichen
28 Verhältnisse. Die Steuerbelastung ist für jedermann gleich groß. Bei Warenkäufen z. B. wird
29 nicht danach gefragt, ob der Käufer leistungsstark ist oder zum unteren Einkommensbereich
30 gehört. Ein Preis von 119 € enthält für beide identisch 19 € Mehrwertsteuer.

31
32 Der häufig zitierte Satz, 40 bis 50% der Bürger würden keine Steuer bezahlen, ist also inhalts-
33 leer, wenn nicht verdummend. Selbstverständlich trägt zum Beispiel auch der Hartz-IV-Bezieher
34 nicht unwesentlich zum Steueraufkommen bei. Dabei wird die Forderung nach Steuerfreistellung
35 des Existenzminimums mit Füßen getreten.

36
37 Bezieht man die Steuerbelastung nicht auf den Konsum, sondern auf das dem Konsumenten
38 zuzuordnende Einkommen, so zeigen indirekte Steuern im Gegensatz zur progressiven Einkom-
39 mensteuer eine degressive Wirkung. Die Steuerbelastung sinkt mit wachsendem Einkommen,
40 weil Niedrigeinkommensbezieher ihr gesamtes Einkommen konsumieren, während Bezieher von
41 hohen Einkünften wesentliche Teile sparen und keiner indirekten Steuer unterwerfen.

42
43 Die Folge ist eine Verstärkung der sozialen Ungleichheiten. Arme werden ärmer und die Rei-
44 chen reicher. Diesen einfach zu verstehenden Mechanismus des Zusammenspiels direkter und
45 indirekter Steuern hat bereits Ferdinand Lassalles (1825 – 1864) vor dem Berliner Kammerge-
46 richt dargestellt:

47
48 **„Indirekte Steuern haben eine Regressionswirkung zur Folge!“**

49 Die Feststellung entspricht noch heute den Grundsätzen sozialdemokratischer Politik. Durch die
50 Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie durch die beabsichtigten „Steuergeschenke“ der
51 Schwarz-Gelben Bundesregierung wird die Staatsverschuldung unweigerlich weiter ansteigen.
52 Zudem wird die Bundesregierung angehalten sein, die Maastrichtkriterien der EU einzuhalten.
53 Es ist also eine weitere Anhebung der indirekten Steuern zu erwarten. Um darauf als Oppositi-
54 on reagieren zu könne, ist es notwendig, sich rechtzeitig mit dem Thema direkte und indirekte
55 Steuern zu befassen und Alternativen zu erarbeiten.

1 **Antrag 10**
2 **Aufstellungsverfahren und der Delegiertenschlüssel**
3 **zum SPE-Parteitag**

4
5 Antragsteller: SPD Holthausen-Itter-Himmelgeist
6 Adressat: NRWSPD + Bundesparteitag
7 Votum der Antragskommission: Annahme

8
9
10
11 **Der Unterbezirk Düsseldorf möge beschließen**
12 **der Landesparteitag möge beschließen,**
13 **der Bundesparteitag möge beschließen,**

14
15 **Das Aufstellungsverfahren und der Delegiertenschlüssel zum SPE-Parteitag werden im**
16 **Verhältnis zur Mitgliederzahl der jeweiligen Landesverbände bestimmt – jeder Landesver-**
17 **band bekommt ein Grundmandat. Das Vorschlagsrecht für Delegierte obliegt den Unterbe-**
18 **zirken bzw. vergleichbaren Untergliederungen.**

19
20 Begründung:

21
22 Die europäischen Sozialdemokraten treten für eine Stärkung der sozialen Demokratie und des
23 Sozialstaats ein. Um dies zu erreichen, sind linke Mehrheiten in den EU-Institutionen notwendig.
24 Dies ist jedoch nur durch ein langfristiges dauerhaftes europapolitisches Einstehen der SPD für
25 dieses Ziel möglich. Das Werben für Europa drei Monate vor der Europawahl reicht dazu nicht
26 aus. Um künftig linke Mehrheiten in den europäischen Institutionen zu erreichen und über diese
27 wieder mehr politischen Einfluss auf unsere Gesellschaft zu bekommen, ist es unumgänglich, die
28 SPD stärker zu europäisieren. Wir benötigen eine breite Diskussion unserer europapolitischen
29 Vorstellungen bereits auf der Ortsvereins-, Arbeitsgemeinschafts- bzw. Unterbezirksebene und
30 eine stärkere Vernetzung und Abstimmung der entwickelten Positionen mit den Parteimitglie-
31 dern innerhalb unserer (Dach)Organisation, der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE).

32
33 Zum alle zwei Jahre stattfindenden SPE-Parteitag, dem höchsten Gremium der SPE, werden
34 gegenwärtig die nordrheinwestfälischen SPD-Delegierten auf der Landesverbandsebene durch
35 den Vorstand benannt und vom Landesparteitag bestätigt. Dieses Verfahren wird der Stellung
36 der Europapolitik in unserer Partei nicht gerecht. Die Wahl der Delegierten findet lediglich
37 „am Rande“ der Parteitage statt und wird so zur Nebensache. Zur Europäisierung der SPD
38 gehört die basisdemokratische Wahl der SPE-Delegierten durch Parteimitglieder und die Mög-
39 lichkeit für jedes Parteimitglied, sich für dieses Mandat zu bewerben.

40
41 Zurzeit besteht ein Ungleichgewicht beim Delegiertenschlüssel der Landesverbände bezogen
42 auf die Mitgliederzahl. So stellen heute kleinere Landesverbände deutlich mehr Delegierte als
43 größere.

1 **Antrag 11**
2 **Zeitarbeit**

3
4 Antragsteller: SPD Düsseldorf-Nord
5 Adressat: NRWSPD + Bundes-SPD
6 Votum der Antragskommission: Annahme

7
8
9
10 **Die SPD-Düsseldorf fordert die Landes und Bundespartei auf sich stärker für die Belange**
11 **der Leiharbeiter einzusetzen. Ziel eines solchen Einsatzes ist es die konkreten Arbeitsbe-**
12 **dingungen zu verbessern. Hierfür sollen die entsprechenden Gesetze insbesondere das**
13 **AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz) überarbeitet werden.**

14
15
16 Begründung:

17
18 Schlecker hat gezeigt, dass die Möglichkeit Tarifverträge abzuschließen zur Lohndrückerei
19 verwendet werden kann.

20
21 Diese Möglichkeit zum Lohndumping soll eingeschränkt werden. Gleichzeitig soll die Möglich-
22 keit Tarifverträge abzuschließen erhalten bleiben. Denn eine der Eigenarten der Zeitarbeit
23 sind zum Teil täglich wechselnde Einsatzorte und Betriebe.

24
25 Vor diesem Hintergrund erscheint ein Auskunftsanspruch um einen gleichen Lohn zu zahlen
26 praktisch nicht umsetzbar.

27
28 Darüber hinaus zeigt der Blick nach Frankreich, wo das Prinzip des gleichen Lohnes gilt, dass
29 dort keine dauerhaften Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. (Die Durchschnittsbe-
30 schäftigungsdauer beträgt dort 9 Tage).

31 Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Flexibilität anstatt durch Leiharbeitsverhältnisse
32 auch durch Überstunden gewährleistet werden könnte.

33
34 Da die Gewerkschaften aufgrund des geringen Organisationsgrades in der Zeitarbeit nicht in
35 der Lage sind die Bedingungen der Beschäftigten nachhaltig zu verbessern, ist es notwendig sie
36 staatlich in ihrem Bestreben die Bedingungen der Betroffenen zu verbessern zu unterstützen.

37
38 Weitere Begründung erfolgt gegebenenfalls mündlich.
39

1 **Initiativantrag 1**

2 **Bürgerrechte und Netzpolitik**

3
4 Antragsteller: Jusos

5 Adressat: SPD Düsseldorf, SPD Ratsfraktion

6 Votum der Antragskommission: Annahme

7
8
9 **Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Düsseldorf fordern die SPD Düsseldorf auf,**
10 **sich dem Thema Bürgerrechte und Netzpolitik zu widmen und zu diesem Thema Positionen**
11 **zu entwickeln, die die persönlichen Freiheitsrechte der Menschen in Deutschland stärken.**
12 **Hierfür sollen Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen stattfinden.**

13
14 Begründung:

15
16 Seit der letzten Bundestagswahl gibt es eine neue Partei, die sich mit Bürgerrechten und Netz-
17 politik beschäftigt, die Piratenpartei. Die SPD hat bei der letzten Bundestagswahl die Mehrheit
18 unter den Erstwählern an genau diese Partei verloren. Wir Jusos stellen fest, dass die Themen
19 Netzpolitik und Bürgerrechte in der SPD auch nur randläufig diskutiert werden.

20
21 Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Düsseldorfs lehnen, die massiv ansteigende Verlet-
22 zung unserer Grundrechte und die seitens der Bundesregierung durchgeführten Sicherheitsmaß-
23 nahmen im sogenannten „Kampf gegen den Terrorismus“ ab.

24
25 Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, sollen auf globaler Ebene terroristische
26 Netzwerke durch den Einsatz neuer Techniken und Methoden aufgedeckt und Angriffe verhin-
27 dert werden. Die Konsequenz aus diesen Maßnahmen ist die starke Verletzung der Grundrech-
28 te, gerade im Hinblick auf den Schutz der persönlichen Daten. Diese sicherheitspolitischen
29 Maßnahmen tragen leider auch in vielen Fällen die Unterschrift der SPD.

30
31 Die 2002 eingeführte Abhörung von Telefonaten und Öffnung von persönlicher Post, die 2005
32 eingeführte Onlinedurchsuchung basierend auf Verdacht und die aufgrund des misslungenen
33 Anschlags vom Dezember 2009 geplante Einführung des „Nacktscanners“ sind mehrere er-
34 schreckende Beispiele wie mit Bürgerrechten umgegangen wird und wie selbstverständlich Ein-
35 schnitte in unsere persönliche Freiheit schon geworden sind.

36
37 Neben der Untergrabung der grundlegenden Rechte jeder Privatperson, birgt dies auch die
38 Gefahr einer Übersteigerung der staatlichen Kontrolle, was dem Freiheitsprinzip eines demo-
39 kratischen Systems widerspricht.

40
41 Wir Jusos fordern die SPD daher auf, Maßnahmen zum Datenschutz klar und offen zu diskutie-
42 ren. Während die CDU klare politische Äußerungen hierzu macht, bleibt die Sozialdemokrati-
43 sche Partei Deutschlands bei Lippenbekenntnissen und scheut eine Stellungnahme und gezielte
44 Agitation.

45
46 Wir rufen die SPD Düsseldorf auf dieses sensible Thema nicht weiter zu ignorieren, sondern
47 gezielt zu thematisieren und zu diskutieren und die Genossinnen und Genossen dafür zu sensi-
48 bilisieren.

1 Initiativantrag 2

2 **Verbot des Scorings**

3
4 Antragsteller: Jusos

5 Adressat: SPD Düsseldorf, SPD NRW, SPD Bundespartei

6 Votum der Antragskommission: Annahme

7 8 **Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Düsseldorf fordern die SPD auf sich gegen das Scoring-Verfahren auszusprechen und auf dessen Verbot hinzuwirken.**

9
10
11 Begründung:

12
13 Der Begriff Scoring bezeichnet ein Verfahren, welches im Wirtschaftswesen Kunden mit Zahlen
14 oder Punkten bewertet, um zum Beispiel „Kreditrisiken“ zu erkennen. Ein Score wird anhand von
15 Merkmalen ermittelt, die nicht das wirkliche Verhalten des Betroffenen widerspiegeln. Dabei
16 handelt es sich u.a. um Name, Alter, Adresse, Nationalität und weiteren Auskünften, die oft
17 unter Berufung auf „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“ nicht offengelegt werden.

18
19 Die vorliegende Anzahl von Merkmalen wird in eine einzelne Zahl transferiert, die dann bei
20 wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen automatisch abgerufen wird. Das System stellt dann in
21 Sekundenbruchteilen fest, ob jemand ein gewünschter Kunde ist oder nicht.

22
23 Wer etwa in einem „guten“ Stadtteil wohnt, bekommt viele Punkte, wird dadurch schneller be-
24 dient oder bekommt einen Kredit bei der Bank. Wer zufällig in einer „schlechten“ Gegend
25 ansässig ist, hat einen kleineren Score, wartet lange in der Telefonschleife und kann Probleme
26 bekommen, eine Kreditkarte zu erhalten. Ein Score gibt keinerlei Auskunft darüber, wie sich ein
27 Betroffener in der Vergangenheit wirklich verhalten hat und wie er in der Zukunft handeln
28 wird.

29
30 In Zeiten, in denen ganze Straßennetze abfotografiert und mit Satellitendaten kombiniert öf-
31 fentlich ins Internet gestellt werden („street view“), gewinnt das Thema einmal mehr an Brisanz.
32 Wie weit sich Firmen hier Information über die Gebäude von Betroffenen (Besteht Renovie-
33 rungsbedarf? Was für ein Auto steht in der Einfahrt?) einholen, ist nicht abzusehen und lässt sich
34 nicht kontrollieren.

35
36 Scoring findet dabei in immer mehr Branchen Anwendung. Zum Beispiel wird bei der Bestellung
37 des Kunden von Waren im Internet bereits während der Eingabe der Adressdaten die Zah-
38 lungsfähigkeit entworfen. Von dem Ergebnis hängt dann ab, ob dem Kunden der Versand ge-
39 gen Rechnung oder doch eine „sichere“ Zahlung per Nachnahme ermöglicht wird. Es trägt zu-
40 dem schleichend einer sozialen Auslese bei, wenn zum Beispiel bestimmten Personen auf Ver-
41 dacht ein Mobilfunkvertrag verweigert wird.

42
43 Laut den speziellen Firmen, die ihn errechnen, sei der Scorewert nicht mehr als die mathemati-
44 sche Berechnung von Wahrscheinlichkeiten und keine persönliche Bewertung eines Kunden. In
45 der Anwendung aber ist der Scorewert genau das, er reduziert den Menschen auf seinen wirt-
46 schaftlichen Wert.

47
48 Scoring verstößt gegen das Bundesdatenschutzgesetz. Die Beurteilung der Kreditwürdigkeit
49 auf Basis automatisiert gebildeter Werte ist durch das Verbot der „automatisierten Einzelent-
50 scheidung“ in § 6a untersagt. Faktisch lässt sie sich unmöglich nachweisen.

51 Der Verbraucher selbst kann kaum gegen das Scoring angehen, da sich die Datenerhebungs-
52 und Sammelprozesse im Hintergrund abspielen. Erkundigt er sich bei einer Firma nach seinem
53 Scorewert, verschlechtert sich dieser oftmals sogar durch die Anfrage. Ihm wird zwar nach §
54 34 des Bundesdatenschutzgesetzes das Auskunftsrecht eingeräumt; allerdings nur, wenn die

1 Daten des Betroffenen bei dem jeweiligen Unternehmen selbst gespeichert sind. Das hat zur
2 Folge, dass Unternehmen ihre Daten bei Dritten speichern und somit das Auskunftsrecht des
3 Betroffenen aushebeln.
4
5 Scoring ist des Weiteren nicht mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung vereinbar
6 und stellt eine inakzeptable Diskriminierung auf Basis von Vorurteilen dar, wenn die Betroffene
7 nur allein wegen der Zugehörigkeit in einer bestimmten Gruppe (Geschlecht, Nationalität,
8 Wohnviertel) bewertet werden.
9
10 Verständlich ist, dass Unternehmen sichere Verträge schließen wollen. Aber der Preis zu dem
11 dieses geschieht ist eindeutig zu hoch.
12
13 Eine Einschränkung von branchenübergreifenden Auskunftssystemen ist daher erforderlich.
14 Wirtschaftsauskunfteien dürfen sich ausschließlich auf ausschlaggebende individuelle Informati-
15 onen zu Zahlungsverhalten, Einkommens- und Vermögensverhältnissen stützen. Ein Verbot des
16 Scorings ist daher zwingend notwendig.
17
18 Die Gesetzeslücke im Bundesdatenschutzgesetz (§ 34) muss geschlossen und dem Betroffenen
19 ein Auskunftsrecht über die erhobenen Daten, ihre Herkunft und Benutzung durch Dritte eingeräumt
20 werden.

1 **Initiativantrag 3**

2 **Abschaffung des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA)**

3
4 Antragsteller: Jusos

5 Adressat: SPD Düsseldorf, SPD NRW, SPD Bundespartei

6 Votum der Antragskommission: Ablehnung

7
8
9
10 **Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten Düsseldorf fordern die SPD auf sich gegen das**
11 **ELENA-Verfahren auszusprechen und auf dessen Abschaffung hinzuwirken.**

12
13 Begründung:

14
15 Am 1. Januar 2010 trat deutschlandweit das von der SPD mit auf den Weg gebrachte ELENA
16 Verfahrensgesetz (elektronischer Entgeltnachweis) in Kraft. Monatlich sind nun alle Arbeitgeber
17 verpflichtet, sensible Datensätze über ihre Beschäftigten an den Bund zu schicken, welche
18 dort zentral gespeichert werden.

19
20 Diese Datensätze beinhalten nicht nur Name, Geburtsdatum, Versicherungsnummer, Adresse
21 etc., sondern auch Fehlzeiten, Abmahnungen und mögliches „Fehlverhalten“, Nach ursprüngli-
22 cher Planung sollten auch Mitgliedschaften in Gewerkschaften und auch Streikbeteiligungen
23 erfasst werden, wobei nicht zwischen einem offiziellen und einem „wilden“ Streik unterschieden
24 werden sollte.

25
26 Diese Regelung betrifft über 40 Millionen Menschen, unabhängig davon, ob sie jemals Sozial-
27 leistungen in Anspruch nehmen. Die Betroffenen haben kein Widerspruchsrecht.

28
29 Der Ursprung dieses Gesetzes lag darin, die Beantragung von Sozialleistungen zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. Wir halten diese Begründung aber für einen Vorwand. Tatsächlich bedeutet ELENA die massenhafte Speicherung persönlicher Daten und kommt damit einer Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung auf Beschäftigte gleich.

30
31 Auch ein Missbrauch der Daten kann nicht ausgeschlossen werden, da sie beispielsweise für
32 Marketingzwecke oder für die finanzielle Charakterisierung einer Person missbraucht werden
33 können.

34
35 Der elektronische Entgeltnachweis ist damit ein unverhältnismäßiger Eingriff in die informatio-
36 nelle Selbstbestimmung und macht die Arbeitnehmer zu gläsernen Beschäftigten, die lückenlos
37 überwacht werden können.

Kamelle

***für ein NRW,
das feiern kann.***